

Tabak-Arbeiter

Nr. 34 / Bremen, den 22. August 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringelohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Boraz, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domscheide 20780. Gelb- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschussvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Die Staatskontrolle der Banken

Die Vorfälle bei maßgebenden Großbanken in Deutschland und Oesterreich haben den Blick ganz allgemein auf die Institute des Finanzkapitals gerichtet. Der Staat mußte in diesen beiden Ländern mit namhaften Summen eingreifen und die in Schwierigkeiten geratenen Institute durch Subventionen stützen. In andern Ländern ist dies bereits ebenfalls geschehen. Wir erinnern an die Verstaatlichung der Bank of United States in Newyork, die Ende 1930 in Schwierigkeiten geraten war. Wenn die Allgemeinheit berufen sein soll, im Falle einer Pleite einzuspringen, dann muß es auch dem Staate möglich sein, einen Einfluß auf die betreffenden Institute der Wirtschaft auszuüben. Dies scheint die deutsche Regierung eingesehen zu haben. Erklärte doch der Reichskanzler Dr. Brüning in der Rundfunkrede, die er vor der Romreise hielt, u. a. folgendes: „Nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.“ Man muß in diesen Worten ein Versprechen erblicken und dringend darauf sehen, daß dieses Versprechen erfüllt wird. Hervorzuheben aus diesem Zitat aus der Rede Brünings sind die Worte: „auf dringendes Ersuchen der Beteiligten.“ Ließt man nämlich die rechts eingestellte großkapitalistische Presse, so muß es scheinen, als hätte sich der Staat ohne zwingenden Grund in das System der Banken eingeschaltet. Wie dem auch sei, heute ist die öffentliche Hand in weitgehendstem Maße gezwungen, die privaten Geldinstitute zu stützen. Ueber die Art des Staatseingriffs in Deutschland einige Worte:

Die deutsche Reichsregierung hat bei dem Fall der Darmstädter und Nationalbank den Einlegern das Versprechen gegeben, die Einlagen zu schützen. Welche Verluste sich daraus ergeben, steht im Augenblick noch nicht fest. Es zeugt von der Boshaftigkeit einer großen Reihe Privatkapitalisten, daß sie Steuern und sonstige Leistungen an die Reichskasse mittels Danatschecks beglichen haben. Teilweise hat man sich sogar Danatschecks besorgt, um sie der Reichskasse zuzuleiten. Eine Bank wie die Danatbank konnte naturgemäß nicht ohne weiteres von der Bildfläche verschwinden. Deshalb wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, man möge alles tun, um die Danatbank zu erhalten. Plötzlich hatten die Großkonzerne, an der Spitze die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, den Wunsch, aus der Danatbank eine Industriebank zu machen. Das Reich hat sich bereit erklärt, der Industrie fünf Jahre hindurch ein Aktienpaket in Höhe von 35 Millionen Mark zu 125 Prozent eingezahlt zu bevorschussen. Die Großindustrie bekommt mithin die Verfügungsgewalt über eine Großbank, ohne dafür in den ersten Jahren einen Pfennig zahlen zu müssen. Die Hilfeleistung des Reichs bei der Dresdner Bank hat sich in einem noch viel stärkeren Maße bemerkbar gemacht. Als dieses Bankinstitut zu stürzen drohte, griff das Reich sofort ein mit dem Versprechen, 300 Millionen Vorzugsaktien zu übernehmen. Durch das Einschließen eines solchen Riesenbetrages erhält das Reich die Aktienmehrheit der Dresdner Bank. Von vier Großbanken, die gegenwärtig in Deutschland noch bestehen, werden zwei im Augenblick von der öffentlichen Hand beherrscht. Die Schröder-Bank in Bremen ist ebenfalls wieder neu errichtet worden unter dem Namen Norddeutsche Vereinbank A. G. Auch dort ist die Mehrheit des Aktienkapitals des neuen Instituts von dem Staat Bremen und dem Reich übernommen. In Sachsen erfolgte eine Fusion zwischen der Sächsischen Staatsbank und der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, ebenfalls unter maßgebendem Einfluß des sächsischen Staats. Wenn man berücksichtigt, daß das Reich in der

Reichskreditgesellschaft, der Staat Preußen in der Preußischen Staatsbank usw., mithin die öffentliche Hand im Bankwesen bereits starke Positionen besetzt hielt, so muß man feststellen, daß bereits ein großer Teil des Bankgeschäfts von Instituten erledigt wird, die sich unter dem Einfluß der öffentlichen Hand befinden.

Aus dieser Tatsache müssen die Konsequenzen gezogen werden. Deshalb ist auch das Verlangen allgemein, die Geschäfte der großen Kreditbanken einer Kontrolle zu unterziehen. Die Regierung kann sich diesem Verlangen nicht entziehen. Nun wird die Frage akut, wie sich diese Bankenkontrolle vollziehen soll. Dabei ist es wichtig, daß in einigen Ländern bereits eine Aufsicht der Banken durch den Staat verwirklicht ist. In den Gesetzen einzelner Staaten sind Möglichkeiten vorhanden, daß jederzeit ein Eingriff des Staates erfolgen kann. In Schweden und Dänemark ist die staatliche Bankkontrolle verwirklicht. Der Artikel 156 der Reichsverfassung gibt der Reichsregierung durchaus die verfassungsrechtliche Möglichkeit, in die Privatrechte der Banken einzugreifen. In der Nr. 32 der „Gewerkschafts-Zeitung“ sind Leitfätze zu einem Gesetz über die Errichtung eines Bankamts abgedruckt, die von den Genossen Fritz Naphthali und Franz Neumann entworfen wurden. Diese Leitfätze sollen nachstehend inhaltsgemäß wiedergegeben werden:

1. **Ausübung des Bankgewerbes.** Zur Ausübung des Bankgewerbes wird das Konzessionsystem eingeführt. Als Rechtsformen der Banken gelten die Aktiengesellschaft, die Kommanditgesellschaft auf Aktien, oder die eingetragene Genossenschaft. Das Mindestkapital einer Bank soll 500 000 M betragen. Das Eigenkapital jeder Bank muß mindestens ein Zehntel der Verpflichtungen derselben erreichen.

2. **Die Organisation des Bankamtes.** Das Bankamt wird beim Reichswirtschaftsministerium errichtet. Es besteht aus einem Präsidenten, der notwendigen Zahl Beamten und Wirtschaftsprüfer. Der Beirat besteht aus 20 Mitgliedern und 20 Stellvertretern, die vom Reichsrat, vom Städtetag, vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen bzw. von der Reichsregierung ernannt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen.

3. **Aufgaben des Bankamtes.** Jede Bank hat dem Bankamt Monatsbilanz zu erstatten, wozu bindende Richtlinien zu erlassen sind. Jede über 500 000 M hinausgehende Kreditgewährung ist dem Bankamt zu melden. Das Bankamt ist befugt, von jeder Bank Aufgliederung der Außenstände zu verlangen. Das Amt ist ferner befugt, eine Bank darauf hinzuweisen, daß ein bei ihr verschuldetes Unternehmen auch bei anderen Banken verschuldet ist. Das Bankamt kann einheitliche Anlagenvorschriften unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Anlagen erlassen. Bei eigener Kapitalerhöhung und bei Emissionen aller Art ist von der betroffenen Bank die Einwilligung des Bankamtes einzuholen. Die Durchführung der Richtlinien des Bankamtes wird durch periodische Revisionen von Wirtschaftsprüfern überwacht. Für Banken, deren Verpflichtungen 50 Millionen Mark übersteigen, hat das Bankamt einen oder mehrere ständige Bankkommissare zu ernennen. Es folgen dann die Bestimmungen, die gegen Zuwiderhandlung gegen die Verpflichtungen der Banken angewendet werden. Bezüglich der Reichsbank soll die Beseitigung der Autonomie derselben unverzüglich angestrengt werden.

Diese Leitfätze zu einem Gesetz über die Errichtung eines Bankamtes sind so gehalten, daß die Regierung dazu ohne weiteres ihre Zustimmung erteilen könnte. Naturgemäß machen sich

sofort Widerstände der Privatwirtschaft bemerkbar. Diese hatte keine Bedenken, als die Reichsregierung mit den Mitteln der Allgemeinheit für die Unterlassungsfünden von Privatpersonen einstehen mußte. Jetzt, nachdem die Konsequenzen aus diesen Vorfällen gezogen werden sollten, kommen die bekannten Wenn und Aber. Die Regierung, die dem Volke durch die Notverordnungen so große Opfer auferlegte, muß nach unserer Meinung hier rücksichtslos vorgehen. Es liegt durchaus kein Grund vor, hier irgendwelche Rücksichten zu nehmen. Wenn die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt: „Es ist eine Ironie der Finanzgeschichte, daß aus dem größten Krach Deutschlands eine Banken-Aufsichtsbehörde entstehen soll“, so möchten wir es als eine Ironie bezeichnen, daß ein solcher Satz überhaupt niedergeschrieben wurde.

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie wurde verlästert, als sie auf dem letzten Gewerkschaftskongress zum Programmpunkt der Gewerkschaften erhoben wurde. Jetzt sehen auch bürgerliche Wirtschaftspolitiker ein, daß es ohne eine Wirtschaftsdemokratie einfach nicht mehr geht. Die Staatskontrolle über die Banken ist ein Teil der Wirtschaftsdemokratie. Vermag erst der Staat die Kapitalleitung in die einzelnen Kanäle der Wirtschaft zu überführen, dann werden jene Fehlleitungen, die in den Jahren von 1924 bis 1930 erfolgten, für die Zukunft unmöglich sein. Eine Planwirtschaft ist im Werden und damit die Möglichkeit gegeben, daß unter Berücksichtigung der Interessen der breiten Masse die gesunde Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft erfolgt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1930

Mitgliederbewegung

Die das ganze Berichtsjahr hindurch anhaltende Arbeitslosigkeit hat sich auf die Mitgliederbewegung der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften ungünstig ausgewirkt. Die Wirtschaftskrise verbesserte zugleich die Aussichten der kommunistischen Propaganda gegen die Gewerkschaften. Die Berichte der einzelnen Verbände lassen jedoch erkennen, daß das Vertrauen der Mitglieder zu ihren Gewerkschaften auch durch die verstärkte Agitation der KPD nicht zu erschüttern war. Durch langjährige Mitgliedschaft erworbene Rechte werden nicht mehr durch Eintritt in fragwürdige Vereinigungen, die ihren Mitgliedern weder im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch in sonstigen Wechselfällen des Lebens erfolgreiche Hilfe leisten können, preisgegeben. Der eingetretene Mitgliederrückgang ist zum größten Teil auf das Ausscheiden solcher Mitglieder zurückzuführen, die infolge kurzfristiger Mitgliedschaft noch keine statutarischen Ansprüche auf Unterstützung und sonstige Vergünstigungen erworben hatten und die daher auf die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft durch Kleben von Erwerbslosenmarken keinen Wert legten. Unter Berücksichtigung der unentwegten Angriffe von rechts und links auf die Gewerkschaften kann im Berichtsjahr kaum eine Abbröckelung, geschweige eine Erschütterung der Gewerkschaftsfront festgestellt werden.

Die Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände ist gegenüber dem Vorjahre infolge Verschmelzung mehrerer Verbände und Ausscheidens der Filmgewerkschaft von 35 auf 31 zurückgegangen.

Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug Ende 1930 in 13 572 Zweigvereinen 4 717 569 gegen 4 948 209 Ende 1929. Der Rückgang beträgt 233 068, d. h. 4,7 v. H.

Gemessen an der langanhaltenden und stetig steigenden Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr ist der Mitgliederrückgang unbedeutend. Mit Ausnahme von drei Verbänden (Buchdrucker, Melker und Schornsteinfeger), die eine geringe Mitgliederzunahme nachweisen konnten, hatten alle Verbände mehr oder weniger starke Verluste. Der Verband der Steinarbeiter hatte mit 16,7 v. H. den stärksten Mitgliederverlust. Es folgten der Verband der Musiker mit 13,7, der Friseur mit 11,2 und der Bekleidungsarbeiter mit 10,7 v. H. Bei den übrigen Verbänden blieb der Rückgang unter 10 v. H. Er betrug bei den Sattlern, Tapezierern und Portefeuilern 9,8, Dachdeckern 9,3, Schuhmachern 8,7, Landarbeitern 7,8, Textilarbeitern 6,9, Kupferschmiedern 6,7, Buchbindern 6,4, Fabrikarbeitern 6,0, Bauarbeitern 5,6, Zimmerern 5,3, Graphischen Hilfsarbeitern 4,9, Holzarbeitern 4,8, Lederarbeitern 4,2, Eisenbahnern 4,1, Malern 4,0, Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten 3,8, Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs 3,8, Bergarbeitern 3,6, Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern 2,6, Metallarbeitern 2,5, Tabakarbeitern 2,3, Maschinisten 1,8, Sutarbeitern 1,1 und bei den Lithographen 0,2 v. H.

Im Jahresdurchschnitt ist der Mitgliederückgang mit 84 396 außerordentlich gering. Bei allen Verbänden, die im Jahre 1929 noch keinen Mitgliederverlust, sondern einen Gewinn hatten, sind die Jahresdurchschnittszahlen bedeutend höher als die Jahresendzahlen. Der Mitgliederbestand bezifferte sich im Jahresdurchschnitt 1930 auf 4 821 832, 1929 auf 4 906 228.

Einnahmen und Ausgaben

Die furchtbare Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern hat die Einnahmen im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 19,7 Millionen Reichsmark herabgedrückt. Dagegen sind die Ausgaben um 31,3 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Gesamteinnahmen aller Verbände betragen im Berichtsjahr 231 655 304 Reichsmark, im Vorjahre 251 385 248 RM. Nachstehende Uebersicht zeigt die Gestaltung der Gesamteinnahmen in den Jahren 1929 und 1930.

	1929 RM.	1930 RM.
Eintrittsgelder	562 352	325 676
Verbandsbeiträge	191 640 830	173 391 574
Vertikale Beiträge	39 580 970	36 349 964
Extrabeiträge	1 147 406	2 100 084
Zinsen	6 069 902	7 235 656
Sonstige Einnahmen	12 383 788	12 252 356

Der Rückgang ist bei den Verbandsbeiträgen infolge der großen Zahl von ausgesteuerten, immer noch arbeitslosen und daher beitragsfreien Gewerkschaftsmitgliedern am stärksten. Da Arbeitslose den Eintritt in eine Gewerkschaft laut Satzung nicht vollziehen können, ist auch die Summe der Eintrittsgelder erheblich niedriger als im Vorjahre. Die Steigerung der Einnahmen aus Extrabeiträgen ist ein Beweis des ausgeprägten Solidaritätsgefühls der noch in Arbeit stehenden Mitglieder für ihre arbeitslosen Kollegen. Die Einnahmen aus Verbandsbeiträgen betragen je Mitglied 43,93 RM., gegenüber 47,36 RM. im Jahre 1929. Der Rückgang beträgt 3,43 RM. Die Gesamteinnahmen betragen je Mitglied 48,04 und damit 3,20 RM. weniger als im Vorjahre (51,24).

Der schweren Zeit entsprechend gestalteten sich auch die Gesamtausgaben im Berichtsjahr mit 241 183 391 RM. weit ungünstiger als im Jahre 1929, in dem sie nur die Summe von 202 944 077 RM. erreichten.

Die Ausgaben betragen für:

	1929 RM.	1930 RM.
Unterstützungen	86 793 180	123 522 713
Arbeitskämpfe	13 304 760	9 887 447
Presse und Bildungszwecke	13 254 726	13 957 587
Agitation und Organisation	21 446 281	22 919 738
Sonstiges	9 372 657	10 045 135
Verwaltung	58 772 473	60 849 775

Wie schwer die Gewerkschaften unter dieser furchtbaren Wirtschaftskrise zu leiden haben, wie wertvoll aber auch die Unterstützungseinrichtungen für die Mitglieder sind, zeigen die obenstehenden Zahlen. Wurden doch im Berichtsjahr allein für Unterstützungen 51,2 v. H. der Gesamtausgaben aufgewandt. Der Betrag ist um 36,7 Millionen Reichsmark höher als 1929. Während sich alle übrigen Ausgaben unbedeutend veränderten, gingen die Ausgaben für Arbeitskämpfe im Jahre 1930, das hinsichtlich der Tarifbewegungen als ein Jahr des Stillhaltens bezeichnet werden kann, um 3,4 Millionen Reichsmark zurück.

Die Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Unterstützungsarten wie folgt:

	1929 RM.	1930 RM.
Arbeitslosenunterstützung	45 231 487	77 730 533
Krankenunterstützung	27 274 707	22 847 119
Sterbefallunterstützung	4 309 938	4 276 564
Invalidenunterstützung	4 278 923	8 001 197
Notfallunterstützung	3 132 160	5 189 105
Reiseunterstützung	879 277	1 153 500
Umzugsunterstützung	323 236	214 992
Sonstige Unterstützung	408 791	3 010 775
Rechtsschutz an Mitglieder	954 661	1 098 928

Von den 36,7 Millionen Reichsmark, die 1930 mehr für Unterstützungen verausgabt wurden, entfallen allein 32,5 Millionen Reichsmark auf die Arbeitslosenunterstützung. Rechnet man die Mehrausgaben für Reise-, Notfall- und sonstige Unterstützung, die zweifellos vorwiegend arbeitslose Mitglieder im Betrage von 4,7 Millionen Reichsmark erhielten, hinzu, wurden 1930 für Arbeitslose 37,2 Millionen Reichsmark mehr als 1929 verausgabt.

Die Ausgaben für Invalidenunterstützung sind seit 1929 um 3,7 auf 8,0 Millionen Reichsmark angewachsen. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß Altersrentenempfänger, die noch in Arbeit standen, infolge Rationalisierung und Wirtschaftskrise abgebaut und gezwungen wurden, die Verbandsinvalidenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Es sind an der Invalidenunterstützung aber auch 7 Verbände mehr als im Vorjahre beteiligt.

Der gewaltige Betrag von 123,5 Millionen Reichsmark, den die freien Gewerkschaften 1930 für Unterstützungen aufwandten, ist auf dem Wege über den Massenkonsum restlos der deutschen Wirtschaft zugeflossen.

Im faschistischen Italien — niedrigste Löhne, rückständige Sozialpolitik

(Einem Artikel Fred Buckands in der „Berliner Tagwacht“ entnommen.)

Die faschistische Wirtschaftspolitik ist mit ihrer ganzen Wucht gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Die faschistische Sozialpolitik verfolgt ein doppeltes Ziel: 1. das wahre Gesicht des Faschismus zu verhüllen; 2. die Arbeiterschaft an Zwangseinrichtungen zu binden. Der Faschismus hat den Achtstundentag abgeschafft. Er hat die Kollektivarbeitsverträge aufgehoben und statt dessen die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Staatsbefehle eingeführt (obwohl diesen Staatsbefehlen der Verhüllungsname „Kollektivvertrag“ beigelegt worden ist). Die Lohnpolitik des Faschismus besteht ausschließlich in Lohnreduzierungen (1926, April und Oktober 1927, November 1930). Die Reallöhne in Italien sind jetzt um 30 bis 40 Prozent niedriger als in der vorfaschistischen Zeit. Italien hat die niedrigsten Reallöhne (England 100, Deutschland 70, Italien 30). Italien hat die niedrigsten sozialen Lasten (England 100, Deutschland 50, Italien 4). Aber auch diese Mittel der sozialen Belastungen kommen nicht voll den Arbeitern zugute, sondern fließen zu drei Viertel der Staatskasse zu. Die Einrichtung, die den Namen „Arbeitslosenversicherung“ trägt, ist eigentlich nichts anderes als eine Besteuerung der Arbeiter. Wer ganz regelmäßig Beiträge gezahlt hat und „definitiv“ entlassen ist (die meisten werden provisorisch entlassen), erhält nach zweimonatiger Wartezeit während 90 Tagen 35 bis 55 Rappen pro Tag. Anfang 1931 haben aus der Gesamtzahl der Arbeitslosen (etwa eine Million) nur 180 000 Unterstützung bekommen. Die Arbeitslosenversicherung war in der vorfaschistischen Zeit, im Jahre 1919, eingeführt worden. Wenn man die veröffentlichten Berichte der Anstalt vergleicht, so sieht man, daß während der letzten zehn Jahre 1257 Millionen Lire eingenommen und bloß 413 Millionen als Unterstützungen ausbezahlt worden sind. 802 Millionen sind dem faschistischen Staat als „Anleihe“ abgeführt worden.

Italien kennt keine Krankenversicherung. Die Arbeitsschutzbestimmungen werden nicht beobachtet (zugegeben von Bottai in der Rede in Lucca am 4. März 1929). Die Arbeitervertretung ist durch den Faschismus aufgehoben. Das Arbeitsverhältnis erhält allmählich den Charakter eines Hörigkeitsverhältnisses.

Für die Beurteilung der materiellen Lage der breiten Volksschichten sind Äußerungen der Faschistenführer charakteristisch. Zingali erklärte in seiner Kammerrede am 5. Dezember 1929: „Die Nahrungsmittelration der Italiener ist niedriger als die Ration, welche die Ärzte für einen erwachsenen Menschen für notwendig bezeichnen; sie ist niedriger als in allen europäischen Ländern.“

Die Konsumgenossenschaften in der Finanzkrise

Die Finanzkrise und ihre Folgen war naturgemäß auf die Konsumgenossenschaften nicht ohne Einfluß. Da die Mitglieder die Konsumvereine auch als ihre Sparkassen betrachten, waren diese ebenfalls einem starken Verkehr ausgelegt. Der Konsumverein „Vorwärts“ Dresden z. B. zahlte 992 000 M mehr aus, als eingezahlt wurden. Die Warenhäuser und Sonderverteilungsstellen der Genossenschaften hatten infolge der Inflationsangst eine beachtliche Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Die Warenhäuser der Konsumgenossenschaft Berlin steigerten ihren Umsatz im Monat Juli gegenüber dem Vorjahre um 158 v. S. Bei einer Gesamtübersicht kann man feststellen, daß die Konsumgenossenschaften die Finanzkrise gut überstanden. Die verhältnismäßig geringe Abhebung von Spargeldern war ein Beweis, daß auch in den Zeiten schwerster Geldwirren die Genossenschaftsparer

das Vertrauen zum eigenen Unternehmen bewahren. Der Konsumgenossenschaftliche Umsatz hat sich gut gehalten. Da ein Uebergang zu den geringeren Qualitäten erfolgte und die Preis senkung dabei zu berücksichtigen ist, fand eher eine Umsatzsteigerung statt. Durch den Mehrumsatz von geringeren Qualitäten erhöhen sich auch die Unkosten. Der Konsumgenossenschaft Berlin traten im Juli 1790 Mitglieder und dem Konsumverein „Vorwärts“ Dresden 300 Mitglieder neu bei.

Die Flüssigkeit der Arbeiterbank

Die Schwierigkeiten der Finanzinstitute sind überstanden. Sowohl die Banken als auch die Sparkassen haben wieder ihre Schalter geöffnet und zahlen voll aus. Die Arbeiterbank kann aus diesem Bankenkrieg ruhmbedeckt hervorgehen. Sie hat am Tage des Banksturms, am 13. Juli, voll ausgezahlt und wäre auch fernerhin ihren Verpflichtungen nachgekommen, wenn sie durch die Notverordnung nicht daran gehindert gewesen wäre. In einer Konferenz der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre führte kürzlich der Direktor der Arbeiterbank Dr. Bachem aus, daß die Arbeiterbank nach wie vor ihre Gelder so angelegt habe, daß sie zum größten Teil sofort greifbar seien. Die Schwierigkeiten der Privatbanken läge daran, daß diese so außergewöhnlich große Kredite kurzfristig aus dem Ausland hereingekommen hätten. Die Arbeiterbank sei niemals in die Verlegenheit gekommen, vom Ausland Geld borgen zu müssen. Es liegt in der Natur der Arbeiterbank, daß sie stets auf die höchste Liquidation sehen müsse. Deshalb sei es auch kein Zufall gewesen, daß sie am 13. Juli voll auszahlen konnte.

Gau- und Zahlstellenberichte

Remgo. Am 14. August fand in der Jugendherberge eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal. 2. Notverordnung. 3. Ehrung unserer Jubilare und 4. Verschickedenes. Der 1. Punkt wurde auf Antrag bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, weil die Revisoren nicht anwesend waren. Zum 2. Punkt sprach der Kollege Franke über die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Er hob die Verschlechterungen, die für die Arbeiter im allgemeinen, besonders aber für die Tabakarbeiter eingetreten sind, hervor. In der darauf folgenden Aussprache wurden die Maßnahmen der Regierung Brüning scharf kritisiert. Zum 3. Punkt wurde mitgeteilt, daß fünf Kolleginnen und Kollegen vorhanden sind, welche 25 Jahre und darüber hinaus dem Verbandsangehörigen sind. Es wurde beschlossen, daß aus diesem Anlaß eine Festlichkeit stattfinden soll. Als Festabend wurde der 24. Oktober gewählt. Zu dieser Festlichkeit sollen auch die beiden ältesten Mitglieder eingeladen werden, welche bereits vor 5 Jahren ein Diplom erhielten. Eine Kommission wurde gewählt, welche ein Festprogramm ausarbeiten soll. Unter Verschiedenes teilte der 1. Bevollmächtigte Kollege Franke mit, daß im nächsten Jahre aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der beiden Zahlstellen Minden und Remgo in einem dieser beiden Orte ein Goutreffen stattfinden soll. Es sei zu wünschen, daß dieses Goutreffen in Remgo statfinde, weil gerade Remgo durch Platz- und Platzfrage am besten für solche Massenversammlungen geeignet wäre. Kollege Franke gab dann noch einen Bericht von der Bundeschule in Bernau. Ferner sprach er noch über die Herstellung der Zigarren mit den neuesten Maschinen. Diesen Ausführungen folgte die Versammlung mit regem Interesse. Zum Schluß gab Kollege Franke bekannt, daß er Dienstags und Freitags nachmittags von 5—7 Uhr in seiner Wohnung Auskunft erteilt.

Gestorben sind:

- Am 28. Juli die Kollegin **M a t h i l d e J ä g e r**, 23 Jahre alt (Zahlstelle Steinbach-Hallenberg).
- Am 31. Juli der Widelmacher **M a x R o c h**, 61 Jahre alt (Zahlstelle Schöneck).
- Am 1. August die Zigarettenarbeiterin **E r n a A u e**, 22 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 7. August die Tabakfortiererin **M a r t h a H i l l e r**, 44 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 11. August die Packerin **F r i e d a L a n g e**, 45 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
- Am 13. August der Zigarettenfortierer **A l b e r t R o h n**, 63 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 15. August der Zigarettenarbeiter **H e r m a n n P o g g e**, 62 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 15. August die Ristenbekleberin **H e l e n e D r e y e r**, 73 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Ehre ihrem Andenken!



Tabakgewerbe



Die Lage des Arbeitsmarktes

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband hat bei seiner statistischen Erhebung Ende Juli zur Feststellung der Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie 63 749 (14 164 männliche und 49 585 weibliche) Mitglieder erfasst. Davon konnten 33 490 (6643 männliche und 26 847 weibliche) Mitglieder ihre tariflich festgelegte Normalwochenarbeitszeit ausnutzen, während 3126 (399 männliche und 2727 weibliche) darüber hinaus arbeiteten. Im einzelnen wurden Ueberstunden gemacht:

bei	1—3	4—6	7 u. mehr Std.
Männlichen	327	45	27
Weiblichen	2573	13	141
Insgesamt	2900	58	168

Vollständig arbeitslos waren 15 656 (4816 männliche und 10 840 weibliche) Mitglieder, während 11 477 (2306 männliche und 9171 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. Im einzelnen war die tarifliche Wochenarbeitszeit verkürzt um

bei	1—8	9—16	17—24	25 und mehr Stunden
Männlichen	788	612	762	144
Weiblichen	3409	2601	2919	242
Insgesamt	4197	3213	3681	386

Von den Ende Juli statistisch erfaßten Mitgliedern gehörten 44 733 (11 134 männliche und 33 599 weibliche) der Zigarrenbranche, 14 492 (1292 männliche und 13 200 weibliche) der Zigarettenbranche, 2099 (958 männliche und 1141 weibliche) der Raubtabakbranche und 2425 (780 männliche und 1645 weibliche) der Rauch- und Schnupftabakbranche an. Davon waren:

Branche	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter	Ueberarbeiter
Zigarren	12 917	9 815	21 505	496
Zigaretten	1 662	380	9 976	2 474
Raubtabak	128	843	1 128	—
Rauch- und Schnupftabak	949	439	881	156
Insgesamt	15 656	11 477	33 490	3 126

Um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen und zu zeigen, wie sich die Lage des Arbeitsmarktes in der gesamten Tabakindustrie und in den einzelnen Zweigen derselben verändert hat, lassen wir nunmehr die Bombhundertzahlen der beiden letzten Monate folgen. Von je 100 statistisch erfaßten Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes waren

Ende	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter	Ueberarbeiter
Juni	24,42	12,58	59,84	3,16
Juli	24,56	18,—	52,54	4,90
	+ 0,14	+ 5,42	— 7,30	+ 1,74

In den einzelnen Branchen ergibt sich folgendes Verhältnis: Von je 100 statistisch erfaßten Mitgliedern waren:

Arbeitslose	Zigarren- branche	Zigaretten- branche	Raubtabak- branche	Rauch- u. Schnupf- tabakbranche
Juni	24,78	21,79	31,68	26,78
Juli	28,88	11,47	6,10	39,14
	+ 4,10	— 10,32	— 25,58	+ 12,36
Kurzarbeiter				
Juni	8,45	23,49	33,68	7,89
Juli	21,94	2,62	40,16	18,10
	+ 13,49	— 20,87	+ 6,48	+ 10,21
Vollarbeiter				
Juni	63,60	51,64	34,64	58,91
Juli	48,07	68,84	53,74	30,33
	— 15,53	+ 17,20	+ 19,10	— 22,58

Ueberarbeiter

Juni	3,17	3,08	—	6,42
Juli	1,11	17,07	—	6,43
	— 2,06	+ 13,99	—	+ 0,01

Die Lage in der Tabakindustrie hat gegen den Vormonat, soweit Zigarrenherstellung und Rauch- und Schnupftabakindustrie in Frage kommt, eine weitere Verschlechterung erfahren.

In der Zigarrenherstellung hat die Arbeitslosigkeit, aber noch im verstärkten Maße die Kurzarbeit, zugenommen.

Ähnlich verhält es sich in der Rauch- und Schnupftabakbranche. Hier hat die Arbeitslosigkeit noch stärker zugenommen als in der Zigarrenherstellung. Außerdem hat aber auch die Kurzarbeit erheblich zugenommen.

In der Zigarettenindustrie ist gegen den Vormonat eine merkbare Verbesserung eingetreten. Das hängt unzweifelhaft mit der Aufhebung des Verpackungszwanges zusammen.

Im Raubtabakgewerbe ist die Arbeitslosigkeit sehr stark zurückgegangen, während die Kurzarbeit um ein kleines gestiegen ist.

Bekanntmachungen

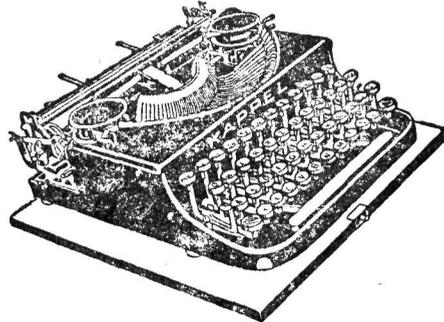
Am 22. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 7. August. Wansen 200.—
 - 8. Lorch 100.—, Kirchart 300.—
 - 10. Nordhausen 600.—
 - 11. Gießen 400.—, Nordhausen 700.—
 - 12. Bünde 200.—, Gailingen 75.—, Mühlhausen 500.—, Karlsruhe 60.—
 - 13. Berlin 2000.—, Tairnbach 60.—
 - 14. Hamburg 100.—
- Bremen, den 18. August 1931.

J. Krohn.

„Kappel“- Reise- Schreibmaschinen



erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit durch ihre stabile Bauart und leichte Gebrauchsfähigkeit. Wir geben Ihnen gern ausführliche Angebote.

**Maschinenfabrik Kappel
Chemnitz-Kappel**

**Kolleginnen
und Kollegen!**

**Werbt
unermüdlich
für den
Verband!**

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruiffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Senedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Preußensieg, Gewerkschaften und Wirtschaft

Die deutsche Republik hat am 9. August eine Schlacht gewonnen. Der vereinte Ansturm der republikfeindlichen Elemente von rechts und links ist abgeschlagen worden. Nur 37 v. H. der Wähler in Preußen haben gegen das derzeitige Preußenparlament und die auf der Grundlage der Weimarer Koalition errichtete Regierung gestimmt. Eine Flut von Verleumdungen ist dem seit dem Februar dieses Jahres vorausgegangen. Selten sind Männer, die wirklich etwas geleistet haben, von ihren Gegnern so beschimpft worden als die sozialdemokratischen Minister von Preußen. Deshalb ist die Niederlage der Front Hitler-Hugenberg-Thälmann besonders zu begrüßen. Es war ein Schauspiel für Götter, neben den schwerindustriellen Scharfmachern, den Hohenzollernprinzen, dem Phrasenredner aus dem Braunen Haus und dem reichen Deutschnationalen den ehemaligen Transportarbeiter Thälmann in Reih und Glied marschieren zu sehen. Die einen wollten den Volksentscheid als den Anfang der Befreiung von den Sklavenketten des Marxismus sehen, während die anderen als „echte“ Marxisten das Gegenteil wollten. Selten ist eine so bunt gemischte Gesellschaft gemeinsam zu einer politischen Aktion angetreten, als die neun Parteien zum Volksentscheid am 9. August 1931. Eine riesenhafte Agitation ist dem vorausgegangen. Man bedenke: das deutsche Volk steht in einer Periode, wie sie verwickelter und einschneidender nicht gedacht werden kann. Da halten es gewisse Elemente für notwendig, eine hochpolitische Aktion anzukurbeln, die einem Vorpostengefecht zum Bürgerkrieg sehr ähnlich sah. Die innere Zerrissenheit der deutschen Bevölkerung wird dadurch deutlich gekennzeichnet.

Der Sieg der preußischen Regierung war zugleich ein Sieg der Reichsregierung. Die seit einem Jahrzehnt stabile Regierungspolitik in Preußen hat erst eine einigermaßen vernünftige Reichspolitik möglich gemacht. Die Regierung Brüning läge vielleicht als Minderheitskabinett schon längst auf dem Reichshausen der Geschichte, wenn die starke und konsequente Preußenregierung nicht wäre. Was die Preußenregierung geleistet hat, gehört zu den Großtaten der republikanischen Politik. Sie haben aus den Regierungsstufen Preußens fuhrenweise Schutt abfahren lassen, der sich dort teilweise seit Jahrhunderten angesammelt hatte. Bestehen doch jetzt noch Gesetze, die auf das ehrwürdige Alter von 200 Jahren zurückblicken. Die so reformierte Preußenverwaltung war ein Hort der Republik und der Demokratie. Das arbeitende Volk Deutschlands wünscht, daß

auf diesem Wege jetzt noch energisch vorwärtsgeschritten wird. Den Feinden des republikanischen Staates muß dieser Sieg am 9. August wie ein panischer Schreck in die Glieder fahren. Mit Recht hat der Kollege Leipart in der Bundesversammlung des DGB. erklärt: „Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen Preußens wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.“ Diesen Worten Leiparts kann man sich durchaus anschließen und die deutsche Gewerkschaftsbewegung namentlich muß verlangen, daß diesem Wunsche Rechnung getragen wird.

Am 9. August hat die Kommunistische Partei ihr Damaskus erlebt. Niemals war eine Niederlage verdienter als diese. Die gewissenlosen Elemente, die zum Unglück zur Leitung einer Massenbewegung berufen wurden, sind von den Massen im Stich gelassen worden. Ein großer Teil der kommunistischen Anhänger dürfte der wahnsinnigen Parole zum Volksentscheid gegen das republikanische Preußen nicht gefolgt sein. Die kommunistischen Parteimitglieder sind allerhand gewohnt, doch vielen von ihnen ist eine solche Taktik doch über die Hutschnur gegangen. Es ist Aufgabe eines jeden denkenden Arbeiters, die Niederlage der Kommunistischen Partei vollständig zu machen. Diese gewissenlosen Elemente dürfen innerhalb der Arbeiterschaft nicht jene Rolle mehr spielen, die sie gespielt haben.

Eine Niederlage hat auch jener Teil des Unternehmertums erlitten, der die reaktionäre Politik von rechts, namentlich die Nationalsozialisten mit Geldmitteln unterstützt hat. Viele haben bereits die Morgenröte einer neuen Zeit. Teile des Unternehmertums glaubten, daß nach der Eroberung Preußens durch Hitler-Thälmann auch andere Positionen der Arbeiterschaft und namentlich der gewerkschaftliche Einfluß beseitigt werden könnte. Für diese Pläne ist die Lektion sehr dämpfend gewesen. Das Arbeitervolk vermag noch seine Grundrechte zu verteidigen. Aber man muß nicht glauben, daß dies für alle Zeit so sein muß. Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökeln kann. In der „Bosfischen Zeitung“ vom 11. August lesen wir folgende Sätze:

Splitter und Balken

Roman von Hedda Wagner (Nachdruck verboten.)

XI.

Sie brauchte nicht lange auf die Erkenntnis zu warten. Als sie blaß und übernächtigt, ihm und Onkel Josef am Frühstückstisch gegenüber saß, empfand sie sogleich eine Mauer von eisigem Trotz zwischen sich und Ernst, die von ihm ausging. Er sah sie nicht an, wechselte kaum ein paar Worte mit dem Onkel und machte ein kaltes, abweisendes Gesicht. Der alte Mann sah beide forschend an. Er ahnte, daß sich da etwas Böses zutrug — er war zu sehr Menschenkenner, um dies nicht zu merken — aber wenn man ihm nicht von selber Vertrauen schenkte, eindrängen wollte er sich nicht. Sein Nefse, der war einer, der ohnehin ziemlich leicht mit sich fertig wurde, wie dies alle kühlen Verstandesmenschen vermögen. Und Hertha — die er lieb hatte, als wäre sie sein eigenes Kind gewesen, die würde schon zu ihm kommen, wie sie ja immer mit manch kleiner Unannehmlichkeit zu ihm gekommen war, auch jetzt, mit dem großen Leid, das er in ihren ängstlichen Augen las.

Der Frühstückstisch war abgeräumt. Und da sagte Ernst plötzlich, indem er aufstand und von Hertha wegsah: „Ich fahre mit dem halb Zwölfer-Zug weg. Laß Therese ein paar belegte Brote für mich richten. Wann ich wieder heimkomme, ist unbestimmt; ich werde schon rechtzeitig verständigen.“

Kein Wort weiter. Einen flüchtigen Gruß dem Oheim — und ohne einen Blick auf Hertha verließ Ernst das Zimmer . . .

Hertha stand starr da, mit schlaff herabhängenden Armen. Eine Serviette, die sie zusammengefaltet hatte, entglitt ihren eiskalten Fingern; sie hob sie auf — und als sie sich wieder erhoben hatte, konnte sie es nicht hindern, daß ihr die Tränen über die blaffen Wangen liefen.

„Aber Herthakind, — was ist denn los? — Es ist etwas nicht in Ordnung —“, sagte der alte Mann leise und voll Mitleid.

Sie schüttelte den Kopf. „Ich kann es nicht sagen, Onkel Josef. Es ist — es ist etwas so Schlimmes . . .“ Und plötzlich laut aufweinend, schlug sie beide Hände vors Gesicht und flog aus dem Zimmer.

Der alte Mann blieb in trübem Sinnen zurück. Das war heute das erstemal, daß sie, die Gütige, Hilfsbereite, vergessen hatte, ihn in sein Zimmer hinüberzuleiten. Nach einer Weile schleppte er sich mühsam auf seinen Krücken in seine stille Klause zurück. Er wartete noch eine Weile, ob Hertha nicht zu ihm kommen würde. Was mußte es gegeben haben, daß Ernst allein fuhr? Er mußte, wie sie beide sich auf diese Herbstfahrt gefreut hatten.

Zwist und Unfriede war zwischen dem Nefsen und der jungen Frau sonst nie an der Tagesordnung gewesen . . . So dachte er eine Weile noch nach, dann machte er sich mit einem tiefen Seufzer wieder über seine Bücher her. —

Hertha stand in ihrem kleinen Wohnzimmer und spähte durch die Vorhangspalten. Soeben war Ernst fortgefahren — es mochte vielleicht eine halbe Stunde her sein — und sie stand noch immer auf demselben Platz, wo sie ihm nachgesehen hatte. Kein einziges Wort des Abschiedes hatte er ihr gegönnt. War das also Wirklichkeit, wahrhaftige Wirklichkeit, daß er nichts mehr von ihr wissen wollte?

Lord d'Ubernon, der englische Botschafter, hat nach dem Rathenau-Word den stummen Aufmarsch der Hunderttausende beobachtet und mit stärkerer Intuition, als er mitunter bei der Würdigung von Personen bekundete, die Worte geprägt: den deutschen Arbeitsmann mache uns keine andere Nation nach. Dieser graue Soldat des Alltags hat auch in den Tagen, als die Bankschalter geschlossen wurden, die Besonnenheit nicht verloren. Seine Disziplin hat den Wall geschaffen, an dem die gefährlichste Brandung sich brach.“

Der graue Soldat des Alltags verlangt, daß auch seine Wünsche und vor allem seine Existenz mehr als bisher geschützt werden. Der Privatkapitalismus hat in Deutschland abgewirtschaftet. Eine neue Wirtschaftsordnung muß an dessen Stelle treten. Deshalb muß aus dem verunglückten Volksentscheid in Preußen die Konsequenz gezogen werden. Diese liegt in folgendem: Energetisches Durchgreifen gegen die staatsfeindlichen Elemente; Sicherung des Einflusses des arbeitenden Volkes in Staat und Wirtschaft; weitgehender Schutz den Opfern der Wirtschaftskrise und eine staatlich beeinflusste Wirtschaftspolitik, die Arbeit und Brot zu schaffen in der Lage ist. Wenn der graue Soldat des Alltags sieht, daß in diesen Punkten ein Fortschritt sich bemerkbar macht, dann ist er auch weiter ein eifriger Verteidiger der demokratischen Republik.

Bundesausschuß-Sitzung des ADGB.

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses diente, der am 31. August in Frankfurt a. M. seine Tagung beginnen wird.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipart von dem Ergebnis des preußischen Volksentscheids aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die ermartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden, denn das Ergebnis des Volksentscheids zeigt klar, daß der weitaus überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennt. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschiedenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Sie meinte nicht mehr. Es war ihr alles zuviel geworden. Nur ein dumpfer Druck in den Schläfen quälte sie, so daß sie nicht recht zu irgendeiner Beschäftigung fand. Aber endlich raffte sie sich doch wieder auf. Ihre junge, elastische Seele begann inmitten in tiefem Weh auszuschauen nach einem Hoffnungslichtlein. Vielleicht war es gut, daß Ernst allein fortgefahren war! Vielleicht, in der schönen Welt draußen seine Geschäfte erledigend, neue Eindrücke aufnehmend und vor allem: mit sich selbst allein, würde er doch wieder zu ihr zurückfinden. Er mußte sie doch noch lieb haben, es konnte, es durfte nicht anders sein! Und durch diese Liebe mußte er zur Gerechtigkeit zurückfinden. . . Und vielleicht war es auch gut, daß nun, in Zukunft, nichts Unausgesprochenes, nichts zu Verschweigendes mehr zwischen ihnen beiden stehen sollte. Gertha war jetzt geneigt, sich als einzige Schuld zuzurechnen, daß sie nicht von Anfang an aufrichtig ein Bekenntnis vor ihrem Manne abgelegt hatte. Aber war dem so — oh, so war sie durch diese letzten Stunden genug gestraft! — Und so dachte sie hin und wider, indes sie ihren Koffer auspackte und alle Dinge wieder an Ort und Stelle brachte. Mit welcher frohen Erwartungen hatte sie gestern um diese Zeit alles zurechtgelegt!

Sonderbar, daß sie jetzt erst darüber nachzudenken begann, wer wohl ihren Mann die böse Kunde zugetragen haben könne. Sie dachte an einen anonymen Brief — gewiß hatte sie damals irgendeiner von der Dienerschaft gesehen. Flammende Rote schoß ihr bei diesem Gedanken in ihre Wangen — und das alte, qualvolle Gefühl tiefster Demütigung war wieder da!

Aber weg von diesen Gedanken! Arbeit ist das beste Mittel dagegen. Und Gertha beschloß, im Garten nachzusehen, ob die ganz großen Birnen, die Ernst so gern eingesotten aß, schon reif

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem gesinnungslosen Verhalten der kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft anbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschafter, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wiederherzustellen.

Die Ausführungen Leiparts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einmütige Zustimmung des Bundesausschusses.

Dann erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Einie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken hergegeben, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipart dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Sachausschusses für die Gewerkschaftspressen, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspressen, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Versand der Blätter. Die Gewerkschaftspressen erreicht einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbeson-

genug seien. Dann wollte sie gleich ein paar Gläser richten. . . In diesen Gedanken war sie gerade in den Flur gekommen, als es läutete. Sie öffnete — und stand Elise van Timmen gegenüber.

Ein fürchterlicher Schreck durchzuckte Gertha. Eine innere Eingebung, über alle vernünftigen Erwägungen hinausreichend, sagte ihr, daß dieser Besuch mit allem zusammenhänge, was ihr gestern und heute geschehen war.

Unverzogene und gewohnte Form ließ sie den Gruß Elisens erwidern, sie in das Besuchszimmer geleiten — aber dann, als sich die Tür hinter ihnen geschlossen hatte, standen sich die beiden Frauen gegenüber — und vom Antlitz einer jeden war die Maske der konventionellen Höflichkeit gefallen. . .

Elise maß Gertha mit einem spöttlich-prüfenden Blick. Das häusliche Gewitter schien schon eingeschlagen zu haben — die junge Frau war bleich, ihre köstliche Frishe weg, die Augen nicht so strahlend hell, wie sonst. Elise konstatierte dies mit boshafter Befriedigung. Und die Stimme, mit der sie jetzt sagte: „Ihr Besuch, Frau van Timmen, wäre der letzte gewesen, den ich erwartet hätte —“

Sieh da — das blonde Täubchen hatte doch ein wenig Temperament! Nun — Elise würde schon dafür sorgen, daß sie es betätigen konnte. Und so entgegnete sie lässig, während sie den langen Wildlederhandschuh abstreifte und damit spielte, so daß sich der herb-süße Cyperduft im ganzen Zimmer verbreitete: „Das Unerwartete ist gerade das Interessante, finden Sie nicht auch, Frau Witthold? — Ich werde Sie übrigens nicht lange stören — aber immerhin: einiges hätten wir uns doch zu sagen, dachte ich!“

Sie legte den dunklen Kopf mit dem weißen Filzhut an die Fauteuillehne zurück und blinzelte nach ihrer Gewohnheit zu

dere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Sachauschuß wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuß beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlusfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhüten, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterschaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongreß teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongreß zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongresse zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordere es, dem Gewerkschaftskongreß dieses Gepräge zu geben. An einem Tage wird der Kongreß eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Die zum Kongreß geladenen Referenten haben dem Bundesvorstand Entwürfe für Entschlüsse zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung unterbreitet. Die Entwürfe liegen dem Bundesausschuß vor. Mit ihrer weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit den Referenten wird der Bundesvorstand beauftragt. Die Verbände werden Vorschläge zur Abänderung der Entwürfe schriftlich einreichen.

Erhöht die Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit

Diese bedeutsame Frage wird im Heft II der „Wirtschaftskurve“ recht eingehend behandelt. Der Verfasser dieses Aufsatzes bestreitet, daß die Beiträge der Industrie zur Arbeitslosenversicherung eine Schmälerung der Rentabilität bedeuten. Vielmehr müsse man den Beitrag der Arbeitgeber als eine Leistung derselben an die Arbeitnehmer ansehen, die dem letzteren nicht durch die Lohnhöhe, sondern auf einem Umwege zufließen. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß bei geringerer Sozialbelastung der Industrie das deutsche Lohnniveau höher sei. „Der sichtbare Anteil der Arbeitslosenversicherung an den Produktionskosten der deutschen Industrie bleibt“, so heißt es weiter, „auch bei der Annahme der höchsten Ausgangszahlen im Durchschnitt weit unter einem Prozent der Herstellungskosten. Daß dieses Prozent irgendwo für die Betriebsstilllegung entscheidend sein könnte, ist wenig wahrscheinlich. . . Die Arbeitslosenunterstützung fließt heute aus dem Ertrag der Industrie an die Arbeitslosen und erhöht ihren Verbrauch. . . Ehe die Entwicklung der Volkswirtschaft wieder eine ansteigende Linie nimmt, muß das weitere Absinken von Produktion und Beschäftigung verhindert sein.“

Hertha, die vor ihr stand, empor. Gerade so war sie gestern vor Ernst gesessen. . . Sie fand die ganze Situation äußerst pikant und wollte sie auskosten.

Und da hörte sie schon Herthas ruhige und beherrschte Antwort: „Nicht, daß ich wüßte, Frau van Limmen!“

„Oh, doch —“, sagte Elise und lächelte dabei, als handelte es sich um die harmloseste Sache von der Welt. „Nachdem uns das Schicksal und seine Fügungen schon einmal so — sagen wir: merkwürdig zusammengeführt hat —“

„Zusammengeführt hat?“ — Hertha zog die Brauen zusammen und ihr helles Gesicht ward dunkler. „Uns beide führt nichts zusammen — und ich wundere mich, offen gestanden, daß Sie nach dem, was war, überhaupt mich aufsuchen —“

Sie stockte — gehemmt von diesem Blick lächelnder Bosheit, der da überlegen und in kalter Sicherheit zu ihr sich erhob. Und mit einem plötzlich aufflammenden Gefühl hilfloser Bangigkeit hörte sie Elise sagen: „Gerade deshalb. . . Gott, hätte ich gewußt, daß mein — Spaß damals mit der Kamee solch geradezu tragische Folgen haben würde — ich hätte ihn vielleicht doch unterlassen. Und eigentlich — tragisch ist nicht das richtige Wort! Ich wenigstens fasse die Dinge nicht so auf. . . Oder Sie, Frau Witthold?“

Und sie beugte sich wieder vor und sah Hertha mit einem so lächelnden Blick an, als sagte sie ihr die größte Liebeshuldigkeit. Aber jetzt mußte sich Hertha plötzlich setzen. Denn in einem Moment durchschaute sie alles: Elise war es gewesen, die sie damals in der Nacht des Unheils gesehen hatte — und Elise hatte —

Sie wollte etwas sagen. Fand nicht das rechte Wort — fühlte sich ihrer Stimme nicht sicher. Stumm, wie der Vogel vor der Schlange, saß sie ihrer Gegnerin gegenüber.

Die Funktion, den Niedergang zu stabilisieren, hat der Konsum. Der Konsum als Sicherungsboden der Volkswirtschaft ist in den letzten Monaten stärker geschwächt worden als in früheren Krisen. Die Stützung des Verbrauchs durch die Arbeitslosenversicherung ist deshalb nicht nur aus sozialpolitischen Erwägungen, sondern aus Gründen der reinen konjunkturpolitischen Zweckmäßigkeit erforderlich. Dies gilt um so mehr, als die Investition des ganzen durch einen Abbau der Sozialversicherung ersparten Kapitals bei der jetzigen Investitionstätigkeit der Industrie zweifelhaft ist und jede Theaurierung von Kaufkraft eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage mit sich bringt! Die Behauptung, daß die Unterstützung ganz allgemein die Arbeitslosigkeit mindere, tut der Verfasser folgendermaßen ab: „Sie zu bejahen, hieße die Kargheit der Lebenshaltung übersehen, mit der die Hauptunterstützungsempfänger sich abfinden müssen, und darüber hinaus die seelische Qual der Arbeitslosigkeit vergessen. Die Wirkung des Abstands zwischen Unterstützung und Lohn ist so beträchtlich, die Lebenshaltung auf Grundlage der Unterstützung so gedrückt, daß keine Hemmung des Arbeitsangebots besteht.“

Der Verfasser kommt nach alledem zu der Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosenversicherung keineswegs erhöht wird. Dazu sind auch die Unterstützungssätze viel zu niedrig.

Mißerfolge der Zellenbildungen innerhalb der Gewerkschaften

Die freien Gewerkschaften stehen wie ein gewaltiger Block innerhalb des Stromes der Depression. Von ihrem Standpunkt durchaus verständlich, haben deshalb die Feinde der freien Arbeiterbewegung, vor allem die Kommunisten und Nationalsozialisten, diesen Fels im Meer zu sprengen versucht. Gewaltige Mittel und große Anstrengungen wurden dafür eingesetzt. Die Erfolge dürfen im allgemeinen gering bezeichnet werden. In ziemlich klarer Weise wird dies in einem Artikel des „Magazin der Wirtschaft“, Nr. 30, bestätigt. Wir lesen dort:

„Die Versuche der Kommunisten und Nationalsozialisten, in die Gewerkschaften einzudringen, mußten allein schon daran scheitern, daß beide zur Vertretung der vitalsten Interessen der Arbeiterschaft weder die Mittel noch Fähigkeiten mitbrachten. Die Nationalsozialisten, die unter den unorganisierten Arbeitern mindestens zeitweise eine zahlenmäßig starke Anhängerschaft erworben hatten, haben für die freien Gewerkschaften niemals eine ernste Gefahr dargestellt. Methoden und Inhalt ihrer Agitation sind der Vorstellungswelt des Industriearbeiters wenig angepaßt; das Mißtrauen in der Aufrichtigkeit ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Bekundungen, das durch den nur teilweise proletarischen Charakter der Bewegung gegeben war, ist bei der

„Denn ich pflege die Seitenprünge meines Mannes durchaus nicht tragisch zu nehmen!“ hörte sie jetzt Elise sagen. „Das heißt — jetzt geht er mich ja nichts mehr an — Sie wissen ja, daß wir uns getrennt haben — aber damals, als er so ungalant war, den Trumpf, den er gegen Sie, Spröde, in der Hand hatte, auszunützen. . . Damals hätte es mich doch einigermaßen etwas angegangen! Aber wie gesagt: Ich habe es Ihnen und ihm nicht übelgenommen, daß Sie damals, um Ihren Mann vor den Folgen meiner Unbesonnenheit zu retten, mit ihm jenes Uebereinkommen getroffen haben, das alles wieder ins Geleise gebracht hat.“

Herthas ganzes Wesen war wie gelähmt. Sie empfand nur eins: das war der Gipfelpunkt ihrer Demütigung, daß diese Frau, deren Niedrigkeit und Verworfenheit sie instinktiv ahnte, um ihr schmachvolles Geheimnis wußte — mehr noch: daß sie einen Schatten von Recht hatte, sie zur Rede zu stellen.

„Ich hätte damals sehr gern die ganze dumme Affäre aufgeklärt“, fuhr Elise fort, „aber da war noch ein kleiner Umstand dabei, den Sie allerdings nicht wissen können. . . Und bei meinen Versuchen, das heikle Terrain zu sondieren, kam ich eben dahinter, daß mein Gatte momentan gerade sehr angenehm und — anderweitig beschäftigt war. . . Sie haben es ja verstanden, sehr tatkräftig in die Entwicklung der Dinge einzugreifen. Mein Kompliment im Nachhinein.“

Ihre schwarzen Augen glitzerten vor Hohn, als sich Hertha nun erhob. „Sie scheinen mir andeuten zu wollen, daß Ihnen mein Besuch lange genug gedauert hat? Ist es nicht so?“ fragte sie, indem sie sich gleichfalls erhob. Aug in Aug standen sich die beiden fast gleich großen Frauen gegenüber. „Aber Sie könnten wirklich ein bißchen netter sein zu mir — wenn ich es Ihnen

Arbeiterschaft nie befestigt worden. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist immer wieder zu ihrer revolutionären Theorie in Widerspruch geraten und hat deshalb in der täglichen — notwendig reformistischen — Gewerkschaftsarbeit keine Leistungen hervorbringen können. Beide Wege der kommunistischen Gewerkschaftspraxis — Gründung eigener Verbände und Zerstückung der großen Organisationen durch Bildung von Oppositionsgruppen — haben zu keinem nennenswerten Erfolg geführt.“

Wie es hier geschildert wurde, so ist es in der Tat. Die Nationalsozialisten kommen als eine Gefahr für die Gewerkschaften nicht in Frage. Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit vermag wohl gewerkschaftliche Agitationen zu stören, aber sie auf die Dauer nicht zu verhindern. Bedauerlich ist nur, daß die Gewerkschaftsfunktionäre einen Zweifrontenkrieg führen und ihre Kräfte zur Abwehr derartiger Unterminierungsarbeiten vergeuden müssen.

Gerechte Beurteilung der Gewerkschaften

In der neuen Nummer der „Sozialen Praxis“ nimmt der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Geheimrat v. Kostiz, zu der wüsten Heße Stellung, die von Wirtschaftskreisen gegen die Gewerkschaften betrieben wird. Von Kostiz weist den Vorwurf zurück, daß Deutschland seit dem Kriege „marxistisch“ regiert worden sei. Die durchgreifende Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die das Wesen der marxistischen Wirtschaftsordnung ausmache, habe nirgends stattgefunden. Die erste, größte und dauernde Ursache der Wirtschaftsnot sei der verlorene Weltkrieg mit all seinen Folgen.

Gegen den Vorwurf, daß der Lohn politisch bestimmt sei, erklärt der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, daß die Arbeit doch keine bloße Ware sei. Die Volksgesamtheit könne sich niemals an dem Lohn, von dem der Arbeiter lebt, desinteressieren. Im übrigen: gehe nicht durch die gesamte Wirtschaft das Streben, die Staatsmacht in den Dienst wirtschaftlicher Ziele zu stellen? Jeder Beruf und Stand fordere als etwas ganz Selbstverständliches, daß der Staat unter Umständen eingreife. Mit Recht: denn die Volksgesamtheit sei die Zusammenfassung höherer Ordnung. Nichts anderes sei der Arbeiterschaft billig, da der Lohn die Lebensgrundlage für die Mehrzahl der Staatsbürger sei.

Wenn man auf die angeblich weit überspannten Ansprüche der Gewerkschaften verweise, dann müsse man demgegenüber die Frage aufwerfen, ob denn nie und nirgends bei den Berufs- und Interessensvertretungen anderer Volksteile jemals eine Ueberspannung irgendeiner Forderung vorgekommen sei. Gleiches Maß müsse darum auch hierin für die Gewerkschaften gefordert werden.

schon nicht nachtrage, daß Sie die Geliebte meines Mannes gewesen sind —“

Wie unter einem Peitschenhieb zuckte Hertha zusammen. Das war zuviel! Und alle Kraft zusammenfassend, die sie noch besaß, sagte sie, so fest sie konnte: „Bitte, beenden wir diese Unterredung, die doch für uns beide zwecklos und — und unwürdig sein muß . . . Was geschah, war nur eine Folge Ihrer Tat — und gerade Sie haben kein Recht, mir Vorwürfe zu machen . . .“

„Das liegt mir vollständig fern!“ sagte Elise und zog ihren Handschuh wieder an. „Ich liebe nur Klarheit in allen Dingen. Warum der Wirklichkeit nicht ins Auge sehen — wenn man schon einmal so seltsam übers Kreuz verbunden ist, wie wir vier es waren. Eigentlich ist es toll: Sie mit meinem Mann — und ich mit dem Ihren . . .“

Sie lachte leise und wiegte sich ein wenig in den Hüften, den Blick unverwandt auf Herthas schreckenstarres Gesicht geheftet. Und fuhr fort: „Es ist doch immerhin ein angenehmes Bewußtsein, quitt zu sein. Wir sind es! Wir haben uns gegenseitig nichts mehr vorzuwerfen. — Es ist ja wieder alles in Ordnung! Daß Ihr Mann mein Geliebter war — das braucht Sie nicht im mindesten zu alterieren. Denn erstens überlasse ich ihn Ihnen ganz und vollständig — und zweitens —“

Sie kam nicht weiter. Denn Hertha schrie auf: „Das ist nicht wahr! Sie lügen! So hat Ernst sich nicht weggeworfen . . .!“

„Weggeworfen?“ sagte Elise und zuckte die Achseln. „Warum wenden Sie immer solch große Worte an? In der Liebe nimmt man sein Vergnügen, wo man es eben findet — und alles andere ist sentimentaler Unsinn . . . Das hat Ihnen ja mein Ex-Gatte erfolgreich demonstriert — nicht?“

Sie wandte sich zum Gehen. „Gestern war ich bei Ihrem

Vergessen dürfe man auch nicht die großen Verdienste der Gewerkschaften im Weltkrieg, im Ruhrkampf und jetzt während der Krise. Es sei gefährlich, wenn unter dem Einfluß von parteimäßig propagierten Schlagwörtern eine Massensuggestion auf weite bürgerliche Kreise ausgeübt werde, die diese verhindere, der Arbeiterschaft Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

„Gerade, weil unsere Bedrängnis so groß ist“, betont v. Kostiz, „kann die ungeheure Last unserer Not nur vom ganzen Volk und nicht von einem Teil, geschweige denn von demjenigen getragen werden, der von alters her unter den bescheidensten Verhältnissen gelebt hat. Das ist eine unbestrittene Selbstverständlichkeit, die nur deshalb Hervorhebung verdient, weil der Stand der Lebenshaltung der Arbeiterschaft oft als viel günstiger angesehen wird, als er zumal nach den jüngsten einschneidenden Senkungen der Löhne und Soziallasten ist, welche letztere nicht selten in phantastischer Unkenntnis überschätzt werden.“

Die Arbeiterin als Mutter

In den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen hat man eine große gewerbehygienische Untersuchung durchgeführt, die sich mit der Frage der Wirkung der Fabrikarbeit der Frau auf die Mutterschaft beschäftigte. 3000 Fragebogen, die von Fürsorgern und Fürsorgeärzten ausgegeben wurden, dienten dazu, das Ergebnis zustande zu bringen, über das wir den Bericht des Landesgewerbearztes Dr. Telck in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ finden.

Auch hier wurde erwiesen, daß die Arbeit der schwangeren Frau, wenn sie bis in die allerletzten Wochen vor der Geburt fortgesetzt wird, die Entwicklung des Kindes schädlich beeinflusst. So hat man auch verglichen, ob die Kindersterblichkeit größer ist, wenn die Mutter nach der gesetzlichen Schutzfrist von sechs Wochen die Arbeit wieder aufnimmt, als dann, wenn die Mutter auch nach diesen sechs Wochen der Arbeit noch fern bleibt. Hierbei wurde einwandfrei festgestellt, daß die Kindersterblichkeit dann, wenn die Mutter die Arbeit wieder aufnimmt, größer ist, als wenn die Arbeiterin auch noch weitere Wochen nicht arbeitet.

Hier ist einer der Punkte, an denen die Arbeit im Sinne des Volkswachstums einsetzen muß: soziale Kultur, Ausdehnung der Schwangerenunterstützung, Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung auf mindestens drei Monate! Das sind die Forderungen der Gewerbehygiene im Sinne der gesunden Zukunft des Volkes.

Gegen üblen Mundgeruch „Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr Chlorodont aufs beste empfehlen.“ gez. E. G., Mainz. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weiße leben Erjaß dafür zurück.

Mann. Oh — Sie können ganz beruhigt sein — er war alles eher, als entgegenkommend. Nur keine Furcht vor neuen Komplikationen! Dies Spiel ist aus . . . endgültig! Der gute Ernst grollt mir aber — und zwar so heftig, daß ich ihm einiges aus-einandersehen mußte, damit wir doch halbwegs auf einem Fuße voneinander scheiden, wie es unserer alten — sagen wir: Freundschaft — entspricht . . . Und da ist es mir passiert, gegen Sie ein wenig indiskret gewesen zu sein. Ich konnte ja nicht ahnen, daß Sie —“ und hier sprühte eine böse Flamme des Hohns in ihren Augen auf — „Geheimnisse vor Ihrem Mann haben . . . Wenn Sie durch mich Unannehmlichkeiten gehabt haben sollten — wie ich annehmen muß — so bedaure ich das wirklich sehr. Und um das gutzumachen, habe ich Ihnen gesagt, wie es um Ernst und um mich stand. Glauben Sie mir, die Männer sind keine Tugendhelden — auch wenn sie sich dafür auszugeben versuchen . . . Es ist immer daselbe — übrigens auch bei uns Frauen, wenn wir nur aufrichtig sein wollen —“ Sie wandte sich zum Gehen. „Ich will nun nicht länger die Schlange in diesem Ehe-Idyll spielen. — Jetzt ist ja alles im Reinen — und Sie sind vollkommen aufgeklärt . . . Und nehmen Sie noch eine gute Lehre von mir zum Schluß: Es steht nicht dafür, die Liebe ernst zu nehmen.“

Ein flüchtiges Nicken — und sie ging. Hertha fand nicht die Kraft, sie zu geleiten. Sie hörte draußen Therese grüßen, das Tor öffnen, wieder schließen . . . Sie stand noch immer wie ein Steinbild da. In ihrem Kopf begann sich alles zu verwirren. Ihr Mann — und diese Frau da . . . Das konnte es ja nicht geben.

Und plötzlich brach sie laut aufweinend neben dem Fauteuil, der noch den Duft der bösen Feindin aushauchte, zusammen. Sie mußte es auf einmal: alles war wahr — und alles war aus . . .

(Fortsetzung folgt.)